

## Persönliches Schreiben von Ludwig Erhard an die Bundesminister (Oktober 1956)

**Legende:** Im Oktober 1956 richtet der bundesdeutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard ein persönliches Schreiben an alle Minister der Bundesrepublik Deutschland (BRD), in dem er seine persönlichen Vorstellungen vom europäischen Aufbauwerk darlegt und vor der Richtung warnt, die in den Verhandlungen von Val Duchesse eingeschlagen worden ist.

**Quelle:** Bundesarchiv, Koblenz, Potsdamer Str. 1 56064 Koblenz. <http://www.bundesarchiv.de>, Bundesministerium für Wirtschaft, BArch B 102/11580.

**Urheberrecht:** Bundesarchiv Koblenz

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/personliches\\_schreiben\\_von\\_ludwig\\_erhard\\_an\\_die\\_bundesminister\\_oktober\\_1956-de-ef1ed619-6e1f-4e86-b99e-456c29d32737.html](http://www.cvce.eu/obj/personliches_schreiben_von_ludwig_erhard_an_die_bundesminister_oktober_1956-de-ef1ed619-6e1f-4e86-b99e-456c29d32737.html)



**Publication date:** 05/11/2015

## Persönliches Schreiben von Ludwig Erhard an die Bundesminister (Oktober 1956)

Persönlich!

An alle Bundesminister Oktober 1956

Betr.: Gemeinsamer Markt

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich schreibe Ihnen diesen Brief aus echter und tiefer Sorge um dieses werdende Europa und weil es bei der kurzfristig anstehenden Entscheidung gilt, neben den rein politischen Aspekten auch die Folgen und Folgerungen für fast alle Bereiche des volklichen Seins gebührend zu berücksichtigen. Die Bundesrepublik kann für sich in Anspruch nehmen, auf der wirtschaftlichen Ebene seit vielen Jahren die zu einer Integration notwendigen Voraussetzungen geschaffen zu haben, ja sie hat darüber hinaus alles getan, um eine engere Zusammenführung der europäischen Volkswirtschaften zu ermöglichen. Die Bundesrepublik war immer, wenn es sich darum handelte, protektionistische Interessen zu überwinden, diskriminierende Praktiken zu beseitigen, in der Liberalisierung fortzuschreiten und Zölle zu senken, sogar zu Vorleistungen bereit und hat so durch ihren Mut ein Beispiel für den Erfolg und den Nutzen einer solchen Politik gegeben.

Meine Bedenken gegen die derzeit in Brüssel diskutierte Lösung bzw. gegen die von Seiten Frankreichs vorgetragenen Forderungen richten sich denn auch gar nicht gegen die Konstituierung bzw. gegen die Funktion des Gemeinsamen Marktes, sondern umgekehrt gegen jene nur schwer zu charakterisierenden Versuche, eine echte Integration dieser Art zu behindern und zu verzögern. Ich bejahe also den Gemeinsamen Markt vorbehaltlos und würde mein Votum für die Bundesrepublik ohne Bedingungen und Forderungen dahin abgeben, daß wir morgen bereit sind, in eine solche Ordnung einzutreten. Wenn wir auf eine so klare Aussage verzichten, tun wir es zweifellos nur deshalb, um nicht anderen Ortes Empfindlichkeiten zu wecken.

Um so weniger aber dürfen wir dann in fast grotesker Umkehrung der tatsächlichen Haltung und Gesinnung in den Verdacht geraten bzw. dem Vorwurf ausgesetzt werden, die Europäische Integration zu stören, wenn wir zu den französischen Vorstellungen über Methoden und Wege der Integration nicht vorbehaltlos Ja und Amen sagen. Nicht in der Sache selbst, sondern in dieser Frage scheiden sich die Geister.

Da die Frage des Gemeinsamen Marktes und die einer Zollunion aber ein eminent ökonomisches Problem darstellt, sollte unbeschadet gleicher politischer Zielsetzung das volkswirtschaftliche Wissen und Gewissen nicht automatisch anderer Rücksichtnahme geopfert werden. Es wird und kann keinen ernst zu nehmenden Volkswirt oder Wirtschaftspolitiker geben, der seine schweren Bedenken gegen die von Seiten Frankreichs vorgetragene Konstruktion zurückstellen könnte. Ja, man kann hier kaum mehr von einer europäischen Konzeption sprechen, sondern fast nur noch von einem gekünstelten Versuch, durch Addition von Einzelmaßnahmen den Schein des guten Willens zu erwecken. So aber wird das europäische Bewußtsein und der Glaube an Europa nicht geweckt und vertieft. Auch wird ein "Gemeinsamer Markt" solcher Observanz keine Grundlage für das angestrebte Ziel einer politischen Integration oder Föderation bieten können, weil er in seiner ganzen Anlage nicht zu einer Erhöhung und Intensivierung der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte zwingt, sondern nur allzu deutlich eine Nivellierung nach unten anstrebt. Das langsamste Schiff soll das Tempo des europäischen Geleitzuges bestimmen.

Der Beweis für die Richtigkeit dieser Aussage ist lückenlos zu führen. Wenn es auch nicht meines Amtes ist, die französische Wirtschaftspolitik kritisch zu werten, so beweisen doch die volkswirtschaftlichen Tatbestände, daß dieses an sich so reiche Land neben Fehlern der Wirtschaftspolitik die Lasten verfehlter sozialer Experimente zu tragen hat. Sicher bedeutet jeder Krankheitsherd im nationalen Bereich zugleich auch eine Störung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Diese Erkenntnis darf in diesem Falle aber nicht dahin führen, daß Frankreich seine Partner im Gemeinsamen Markt auffordern oder sogar dazu zwingen dürfte, in schneller Folge jene gleichen fragwürdigen Prinzipien zur Anwendung zu bringen. Unter dem Stichwort "Harmonisierung" geht das Ansinnen Frankreichs sogar so weit, daß am Ende der Übergangsperiode die Lohnniveaus der einzelnen Mitgliedsstaaten angeblichen und ihre

Gesamtarbeitskosten "äquivalent" sein müssen. Man könnte über diese Forderung hinweggehen, weil sie volkswirtschaftlich einfach nicht realisierbar ist, denn von Sizilien bis zum Ruhrgebiet kann es keine gleiche Produktivität und mithin auch keine gleichen Arbeitskosten geben. Die Praktizierung dieses Grundsatzes müßte gebietsweise sogar zu einem wirtschaftlichen Massensterben führen. Die Lohnkosten sind in ihrer jeweiligen Höhe ein Ausfluß der Produktivität und nicht die Voraussetzung einer gleichen Leistungskraft. Niemand kann glauben wollen, daß es möglich sein könnte, in allen beteiligten Ländern quer durch alle Industriezweige einen gleichen Produktivitätsstandard zu setzen und einen gleichen Produktivitätsfortschritt zu erzielen. Selbst wenn es zu denken wäre, daß durch künstliche Manipulationen an einem bestimmten Stichtag gleiche Startbedingungen gesetzt werden könnten, würden am Tage danach schon wieder Veränderungen Platz greifen, weil die Vorstellungen und das Verhalten der Menschen und auch der Völker hinsichtlich ihres Sparen- oder Verbrauchenwollens, des Leistungsstrebens, ihres Fleißes u.a.m. auch in einem Gemeinsamen Markt niemals auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können.

Jene Forderung beruht also auf einer völlig illusionären Verkennung Ökonomischer Gesetze und Tatbestände, aber sie charakterisiert zugleich eine geistige Haltung, die sich in einem integrierten Europa unter keinen Umständen durchsetzen darf, wenn nicht menschliche Initiative und schöpferische Kraft, ja, das Leben selbst erstickt werden sollen. Im Zuge der Verhandlungen hat zudem der französische Sprecher explizite zugestanden, daß die französischen Schwierigkeiten, die aus einem überhöhten Preisniveau resultieren, dadurch gemildert werden sollen, daß auch in den übrigen Mitgliedsländern im Zuge der sozialen Harmonisierung das Kosten- und damit auch das Preisniveau in die Höhe getrieben wird. Dieses Verlangen der Französischen Regierung als Voraussetzung für den Beitritt zum Gemeinsamen Markt ist unbillig und nicht annehmbar. Der Versuch Frankreichs, seine inneren Schwierigkeiten in die übrigen Mitgliedsländer exportieren zu wollen, würde bedeuten, daß wir uns bereit erklären, unsere eigene Wirtschaft einer tendenziell inflationistischen Entwicklung auszusetzen und ebenfalls eine Politik der Unstabilität einzuleiten.

Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß die Frage der sozialen Harmonisierung als überhaupt nicht diskussionsfähig abgelehnt werden muß. Alle sich darauf gründenden Überlegungen verstoßen gegen die wirtschaftliche Vernunft, und wir würden in ein falsches Fahrwasser geraten, wenn wir uns selbst in verhältnismäßig harmlosen Fragen, wie z.B. Dauer des bezahlten Urlaubs, zu Verhandlungen bereit erklären würden. Die soziale Harmonisierung steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Integration; sie ist nicht durch gequälte Konstruktionen zu verwirklichen, sondern durch eine Angleichung der Lebensformen und Lebensvorstellungen im Rhythmus der fortschreitenden Integration.

Was darüber hinaus das Problem der Harmonisierung betrifft, so ist es völlig willkürlich, dabei nur einseitig von den Lohnkosten als ja nur einem Kostenelement auszugehen. Mit gleicher Berechtigung könnte z. B. Deutschland darauf verweisen, daß es durch den Flüchtlingsstrom, den Lastenausgleich u.a.m. Sonderlasten zu tragen hat, die eine besondere Behandlung rechtfertigen würden. Selbstverständlich denkt in Deutschland niemand daran, derartige Überlegungen vorzubringen, aber dieser Hinweis mag doch die Unhaltbarkeit und Sinnlosigkeit der französischen Forderungen beleuchten. Auch in einem Gemeinsamen Markt werden die Lebens- und Produktionsbedingungen nicht einheitlich und gleichförmig sein, ja, in gewissem Sinne beruht die Funktion des Gemeinsamen Marktes gerade umgekehrt auf der Idee der fruchtbaren Ergänzung der einzelnen Länder nach Maßgabe ihrer besonderen und unterschiedlichen Leistungskraft und der Vielfältigkeit der naturgegebenen und strukturellen Bedingungen. Wäre es theoretisch denkbar, über alle Bereiche der Volkswirtschaften gleiche Kostenbedingungen herzustellen, so würde damit nicht ein Akt der Integration, sondern der Desintegration eingeleitet sein, weil unter gleichen Produktionsbedingungen der Gütertausch seinen Sinn verliert.

Frankreich fordert des weiteren für seine eigene Wirtschaft so viele Sonderrechte und schirmt sich durch Einfuhrsteuern und Ausfuhrsubventionen so weitgehend ab, daß es praktisch mehr außerhalb als innerhalb des Gemeinsamen Marktes steht. Frankreich hinkt auch in der Liberalisierung gegenüber den anderen Mitgliedsländern beträchtlich nach und will keinerlei Verpflichtungen einer Gleichstellung übernehmen.

Trotzdem waren wir in den Brüsseler Verhandlungen bereit, den besonderen Schwierigkeiten Frankreichs Rechnung zu tragen und diese Methode, die allerdings mit der Idee der Integration nichts mehr zu tun hat,

bis auf weiteres als legal anzuerkennen. Ich muß dem allerdings hinzufügen, daß die übrigen Mitgliedsländer dann umgekehrt die zwingende Forderung gegenüber Frankreich erheben müßten, daß dieses Land in einer noch näher zu vereinbarenden zeitlichen Phasenfolge auch seinerseits die für die anderen Partner geltenden Spielregeln zur Anwendung bringt. Obwohl ein solches Verlangen ganz gewiß nicht unbillig, sondern um der Funktion des Gemeinsamen Marktes willen sogar unerlässlich ist, will sich aber Frankreich hierin völlig freie Hand vorbehalten und erhebt darüber hinaus auch noch die Forderung, daß jedes Mitgliedsland im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten unbeschadet des Verfahrens zur gegenseitigen Hilfeleistung kraft eigener Souveränität Schutzklauseln zur Anwendung bringen darf. Zwar sollen diese durch qualifizierte Mehrheit wieder aufhebbar sein, aber es gehört wenig Phantasie dazu, um zu erkennen, daß ein solcher Beschluß als ein politisch unfreundlicher Akt praktisch kaum zustande kommen dürfte. Das ist wirklich nicht die Gesinnung, die von dem Bewußtsein einer schicksalhaften Gemeinschaft zeugt, und der Vertrag droht somit zu einem perfektionistischen Netzwerk von Klauseln zu werden, die darauf abzielen, eben jener Gemeinschaft fast nach Belieben entrinnen zu können. Und die Moral von der Geschichte ist die, daß die um Ordnung bemühten und nach höherer Leistung strebenden Länder bestraft und auch finanziell belastet werden, während jene Mitgliedsstaaten, die weniger ordnungs- und leistungswillig sind, besonderen Schutz genießen. In dem Sonderstatut, das Frankreich mit Datum vom 19. September 1956 für sich fordert, erklärt Frankreich sich lediglich bereit, daß, wenn "aus irgend welchen Gründen" die allgemeine Disparität zwischen den zurzeit angewandten Preisen wegfallen und die französische Zahlungsbilanz infolgedessen einen beträchtlichen Überschuß aufweisen würde, Frankreich auch die "möglichen" Angleichungen vornehmen wollte.

Ich persönlich hege zudem noch die Überzeugung, daß die Integration der freien Welt in Gestalt einer fortschreitenden Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs, eines Abbaues der Zölle sowie anderer protektionistischer Schranken und Manipulationen rascher fortschreiten wird, als es in dem Vertragswerk für die sechs beteiligten Länder vorgesehen ist. So könnte es sich denn tatsächlich ereignen, daß die Integration jener Sechs zu einer Insel der Desintegration in einer mittlerweile freier gewordenen Welt werden würde. Deutschland, dessen materielle Lebensgrundlagen nur durch die innigste und freieste Verbindung mit allen Märkten gesichert erscheinen, wäre dann durch einen Vertrag in seiner Freizügigkeit gehemmt und gebunden, denn Frankreich hat in den Verhandlungen deutlich genug erkennen lassen, daß es zwar im Laufe einer mir allzu lange erscheinenden Zeitspanne unter vielen Kautelen für sich selbst der Zollunion zustimme, daß es aber in der Handels- und Zollpolitik nach außen durch eine entsprechend hohe Zollbarriere eine Abschirmung wünsche. Erst in den letzten Sitzungen wurde von Seiten des französischen Sprechers noch einmal erklärt, daß ein Gemeinsamer Markt nach der Brüsseler Anlage einen besonders hohen Zoll nach außen erforderlich machen würde. Deutschland kann einer solchen Vorstellung unmöglich zustimmen, wenn es sich und seine Zukunft nicht selbst preisgeben will.

Die Europäische Integration in der zunächst angestrebten Ausprägung einer Zollunion erscheint unter europäischer Verantwortung und gegenüber der übrigen freien Welt nur dann sittlich und ökonomisch gerechtfertigt und politisch vertretbar, wenn diese Gemeinschaft nicht ihrerseits neue Kontraste und neue Spannungen auslöst. Nachdem nunmehr der britische Schatzkanzler Macmillan und der Präsident des Board of Trade, Mr. Thornecroft (nicht der englische Außenminister!), vor dem denkbar breitesten internationalen Forum der Weltbank und in der Zwischenzeit auch vor der britischen Öffentlichkeit ihre Bereitschaft zu einer Beteiligung am Gemeinsamen Markt erklärt haben, erscheint es mir unmöglich, davon keine Notiz zu nehmen und die Brüsseler Konzeption unverändert zum Abschluß zu bringen. Diese Haltung erscheint um so weniger vertretbar, als die englischen Staatsmänner bereits darauf hinwiesen, daß eine Beteiligung ihres Landes nicht mit den ursprünglichen Plänen der sechs Messina-Mächte in Einklang zu bringen sei. Es heißt in diesem Zusammenhang wortwörtlich: "Eine solche Zollmauer, welche das freie Handelsgebiet von der übrigen Welt abschnüren würde, könnte von Großbritannien nicht gebilligt werden und ein Festhalten hieran würde England zwingen, sich von dem Zollunions-Konzept zu distanzieren." (Siehe "Frankfurter Allgemeine Zeitung" D-Ausgabe v. Donnerstag, 4. 10.1956, S.1.)

Die in Brüssel derzeit verhandelnden Staaten würden also England und auch noch andere europäische Länder geradezu vor den Kopf stoßen, wenn sie trotz der völlig veränderten Sachlage in übereilter Hast ein *fait accompli* schaffen wollten. Ich halte es deshalb für zwingend notwendig, die gesamte Brüsseler Konzeption, wenn auch mit der gebotenen Eile, noch einmal zu überprüfen bzw. überhaupt einen neuen Plan

aufzustellen und in dieser Zeit eine enge Verbindung mit England und anderen bisher nicht an der Integration beteiligten europäischen Ländern herzustellen.

Trotz der hier vorgetragenen Bedenken habe ich in einer persönlichen Aussprache mit M. Faure weitgehendes Verständnis für die Notwendigkeit gewisser französischer Sonderregelungen für eine Übergangszeit bezeugt. Allerdings habe ich ihm auch zu verstehen gegeben, daß sich die französischen Schwierigkeiten nach meinen volkswirtschaftlichen Erfahrungen und Erkenntnissen nicht von selbst auflösen werden, sondern eine bewußte und aktive Politik der Stabilisierung erfordern.

Frankreich muß sich dessen bewußt sein, daß das Eintreten in einen Gemeinsamen Markt auf dem Felde der Wirtschaft und der Finanzen ein bestimmtes Verhalten erforderlich macht und daß ein Land nur dann zu Integrationsreife gelangen kann, wenn es seine innere Ordnung herzustellen und zu bewahren gewillt ist. Die amerikanische Sentenz "convertibility begins at home" ist in ihrer zwingenden Logik nicht außer Kraft zu setzen, aber gerade diese Nutzenanwendung will Frankreich nicht gezogen wissen, sondern fordert für sich ein "Sonderstatut".

Es ist ja auch kein Zufall, daß das französische Kosten- und Preisniveau überhöht ist, und ebensowenig ist es ein Geheimnis, daß der französische Wechselkurs als unrealistisch gelten muß. Das haben nicht zuletzt die Saarverhandlungen erwiesen. Diese Fehlentwicklung zu beseitigen, wird in zwei, fünf oder in zehn Jahren nicht leichter, sondern im Zweifelsfall noch schwieriger sein als heute, und so ist praktisch der Zeitpunkt gar nicht absehbar, wann Frankreich willens oder fähig sein wird, seinerseits die Bedingungen des Gemeinsamen Marktes auch für sich gelten zu lassen. Wenn die französischen Staatsmänner genau wie wir von der Notwendigkeit beseelt sind, den Gemeinsamen Markt zu verwirklichen, müßten sie dankbar die Möglichkeit begrüßen, durch einen internationalen Vertrag zu Maßnahmen einer Sicherung der wirtschaftlichen und finanziellen Ordnung gezwungen zu sein, die in jedem Falle unerläßlich sind, wenn Frankreich seiner politischen und wirtschaftlichen Position in der Welt nicht verlustig gehen soll.

Es geht nicht an, unsere europäische Gesinnung in Zweifel zu ziehen, wenn wir uns gegen die Verzerrung einer europäischen Lösung zur Wehr setzen. Hier handelt es sich wirklich um eine Schicksalsfrage für das deutsche Volk, und es können nicht nur politische Überlegungen des Auswärtigen Amtes maßgebend sein, wenn die Weichen für das gesellschaftswirtschaftliche und soziale Sein unseres Volkes gestellt werden.

Ich bin deshalb nach wie vor der Meinung, daß nicht allein die Außenminister, sondern auch die Wirtschaftsminister an den entscheidenden Beratungen beteiligt sein müssen. Wenn andere Länder darauf verzichten, so erhalte ich für die Bundesrepublik gleichwohl diese Forderung aufrecht. Im übrigen kann schon heute kein Zweifel darüber bestehen, daß die Verhandlungen um eine Beteiligung Englands von Seiten dieses Landes auch nicht durch das Foreign Office geführt werden.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Die Bundesregierung kann eine Haltung zur Europäischen Integration wie ich sie im Vorstehenden zu skizzieren versuchte, mit reinem Gewissen und mit den besten Argumenten vertreten. Wir sollten uns nicht in eine Lage manövrieren lassen, daß wir als Europäer minderen Grades gelten, wenn wir nicht jede Forderung zu akzeptieren bereit sind, die sogar der Idee des Gemeinsamen Marktes widerspricht.

Wenn ich Ihnen zu dieser in der Kabinettsitzung vom 5. Oktober 1956 anstehenden Frage so ausführlich berichtete, so mögen Sie daraus erkennen, für wie bedeutsam ich die zu treffenden Entscheidungen halte. Aus dem gleichen Grunde wäre ich Ihnen für eine sorgfältige Überprüfung meines Standpunktes besonders dankbar.

Mit kollegialen Grüßen  
Dr. Ludwig Erhard